



Allgemeine und berufliche Bildung 2020

Schulpolitik

Ein ganzheitlicher Ansatz für die
Schule
zur Bekämpfung des Schulabbruchs
Politische Botschaften

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion für Bildung und Kultur

Direktion B – Modernisierung der Bildung II: Bildungspolitik und -programm, Innovation, EIT und MSCA

Einheit B.2 – Schulen und Ausbilder; Mehrsprachigkeit

Kontakt: Annalisa Cannoni, Petra Goran

E-Mail: EAC-UNITE-B2@ec.europa.eu

Europäische Kommission

B-1049 Brüssel

Allgemeine und berufliche Bildung 2020

Schulpolitik

**Ein ganzheitlicher Ansatz für die
gesamte Schule
zur Bekämpfung des
Schulabbruchs**

Generaldirektion für Bildung und Kultur

Danksagungen:

Diese Arbeit enthält die Ergebnisse der ET-2020-Arbeitsgruppe zum Thema Schulpolitik der Europäischen Union (2014-15)¹ zum Schwerpunktthema „Schulabbruch“. Sie spiegelt die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der Regierungsvertreter von 30 EU-Ländern und assoziierten europäischen Ländern sowie den Organisationen europäischer Sozialpartner wider. Die Kommission möchte sich bei all diesen Mitwirkenden bedanken und insbesondere die besonderen Beiträge der Mitglieder des Redaktionsausschusses Paulo André, Mario Cardona, Anna Imre, Chris Kelly, Daniel Taubman, Charles Dolan sowie der Referentin Ilona Murphy würdigen.

Die Kommission möchte außerdem allen Experten danken, die die Arbeit kommentiert haben und wertvolle Beiträge zu der Arbeit der Arbeitsgruppe geleistet haben, insbesondere Dr. Alessio D'Angelo, Prof. Paul Downes, Prof. Alan Dyson, Dr. Boris Jokić, Prof. Dr. Erna Nairz-Wirth, Catherine Pérotin, Dr. Ward Nouwen, Prof. Teresa Sordé Martí sowie den EU-Politiknetzwerken SIRIUS, EPNoSL und ELGPN.

***Europe Direct ist ein Service, mit dem Sie Antworten
auf Ihre Fragen zur Europäischen Union finden.***

**Gebührenfreie Rufnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar im Internet (<http://europa.eu>).

© Europäische Union, 2015
Reproduktion ist mit Quellenangabe genehmigt.

EIN GANZHEITLICHER SCHULANSATZ ZUR BEKÄMPFUNG DES SCHULABBRUCHS

Zentrale Aussagen

Schulen sind Hauptakteure bei der Bekämpfung des Schulabbruchs, doch können sie nicht isoliert handeln, da es außerschulische Faktoren gibt, die Auswirkungen auf die Einbindung und den Erfolg der Lernenden haben. Deshalb ist eine ganzheitliche Herangehensweise von Schulen an die Bekämpfung des Schulabbruchs erforderlich. Bei diesem Ansatz arbeitet die gesamte Schulgemeinschaft (Schulleiter, Lehrkräfte und sonstiges Schulpersonal, Lernende, Eltern und Familien) sowohl untereinander als auch mit externen Interessenträgern und der Gemeinschaft als Ganzes zusammen.

Ein ganzheitlicher Schulansatz ermöglicht es Schulen, angemessen auf neue, komplexe Herausforderungen zu reagieren, die mit der zunehmenden Vielfalt in der Gesellschaft zusammenhängen.

Eine effiziente Schulleitung und -governance ist von entscheidender Bedeutung, um eine positive Schulkultur, Teamarbeit und kooperative Verfahren innerhalb der Schulgemeinschaft zu fördern und Schulakteure und Interessenträger zusammenzubringen, damit der Bildungserfolg gewährleistet und Schulabbruch vorgebeugt wird.

Prozesse zur Schulentwicklung und -verbesserung sollten auch auf die zugrunde liegenden Faktoren des Schulabbruchs abzielen. Außerdem sollten sie die gesamte Schulgemeinschaft, Interessenträger, multiprofessionelle Teams, externe lokale Dienste, Eltern und Familien einbeziehen.

Es muss fortlaufend in die Fort- und Weiterbildung von Schulleitern, Lehrkräften und sonstigem Schulpersonal investiert werden. Dabei muss der Schwerpunkt auf einer Sensibilisierung für Schulabbruchsprozesse sowie auf den Kompetenzen und Fähigkeiten liegen, die erforderlich sind, um Bildungsnachteile und dem Rückzug von Lernenden aus dem Bildungssystem entgegenzutreten.

Dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen auf hochwertige, inklusive Bildung haben, ist ein Muss. Ansprechende, relevante Lehrpläne und inspirierende, engagierte Lehrkräfte sind die wirkungsvollste Methode, um Schulabbruch und sozialer Ausgrenzung vorzubeugen.

Alle Lernenden und ihre vielfältigen Bedürfnisse sollten im Mittelpunkt des Bildungswesens stehen. Sie sollten für ihr eigenes Lernen verantwortlich und von angemessener Unterstützung und geeigneten Diensten umgeben sein. Schulen sollten ein fürsorgliches, anregendes und förderliches Umfeld bieten und an alle Lernenden hohe Erwartungen stellen, damit diese ihr volles Potenzial ausschöpfen.

Bildung ist die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Schulen – und muss auf gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit beruhen.

EIN GANZHEITLICHER SCHULANSATZ ZUR BEKÄMPFUNG DES SCHULABBRUCHS

POLITISCHE BOTSCHAFTEN

Einführung

Schulabbruch¹ ist für Betroffene, die Gesellschaft und die Wirtschaft ein dringliches Problem. Die Fähigkeiten und Kompetenzen, die in der Sekundarstufe II erworben werden, gelten als Mindestvoraussetzungen für einen erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt und als Grundlage für weitere Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten. Diese Fähigkeiten und Kompetenzen bereiten junge Menschen auf das Leben vor und entwickeln ihr Potenzial, sodass sie zu erfüllten und aktiven Bürgern werden. Und dennoch haben laut Eurostat 2014 11,1 % der 18- bis 24-Jährigen ihre allgemeine oder berufliche Ausbildung ohne Abschluss der Sekundarstufe II abgebrochen². Bei den im Ausland Geborenen ist die Wahrscheinlichkeit eines frühzeitigen Schul- oder Ausbildungsabgangs durchschnittlich doppelt so hoch wie bei den im Land Geborenen³. Rund 60 % dieser frühzeitigen Schulabgänger sind entweder arbeitslos oder inaktiv und haben mit langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Nachteilen zu kämpfen. Es ist gut dokumentiert, dass Schul- oder Ausbildungsabbrüche schlechtere Beschäftigungsmöglichkeiten nach sich ziehen und die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung erhöhen⁴.

Die Komplexität und facettenreiche Dimension eines frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgangs ist weithin anerkannt und erfordert einen ebenso mehrdimensionalen Ansatz, um den vielfältigen Gründen angemessen entgegenzutreten. Viele der Auslöser stehen im Zusammenhang mit den Auswirkungen gesellschaftlicher Faktoren, die über das Bildungssystem hinausgehen. Schulabbrüche sind meistens das **Ergebnis eines Zusammenspiels persönlicher, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher sowie bildungs- und familienbezogener Faktoren**, die eng miteinander in Beziehung stehen und zu einem **kumulativen Nachteil** führen. In vielen Fällen sind Schulabbrüche das Ergebnis eines schleichenden Rückzugs aus dem Bildungssystem. Dies hängt mit schlechten schulischen Leistungen zusammen, die ihre Wurzeln in frühen Jahren haben können. Studien haben gezeigt, dass der sozioökonomische Status und Bildungsstand der Eltern zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren für Schulabbrüche gehören.

Darüber hinaus können bestimmte **Merkmale unserer allgemeinen und beruflichen Ausbildungssysteme** die Bildungsbenachteiligung verstärken,

¹ Die Benennungen Schulabbruch und frühzeitiger Schulabgang werden in diesem Dokument synonym verwendet. Beide beziehen sich auf eine allgemeine Definition von frühzeitigen Schulabgängern zwischen 18 und 24 Jahren, die höchstens die Sekundarstufe I besucht haben und derzeit keine formale oder informelle allgemeine oder berufliche Bildung mehr genießen.

² Alle Zahlen sind der EU-Arbeitskräfteerhebung 2014 entnommen.

³ Die Daten für im Ausland Geborene sind mit Vorsicht zu interpretieren, da diese nicht für alle Mitgliedstaaten vorliegen. Außerdem sind die Stichprobengrößen häufig zu klein, um uneingeschränkt zuverlässig zu sein (siehe Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung 2015 der Europäischen Kommission http://ec.europa.eu/education/tools/et-monitor_de.htm).

⁴ Siehe z. B. OECD (2012) Equity and Quality in Education (<http://www.oecd.org/education/school/50293148.pdf>) oder Europäische Kommission (2011) Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen „Reduzierung der Schulabbrecherquoten“ – Begleitdokument zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über Strategien zur Reduzierung der Schulabbrecherquote (<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011SC0096&from=EN>).

zusätzliche Barrieren für schwächere Lernende schaffen und ihre Bildungsverläufe behindern. Studien haben gezeigt, dass Systeme, die durch Versetzung, frühe Differenzierung der Schüler⁵, unzureichende Unterstützung der Lernenden, einen Mangel an hochwertiger beruflicher Ausbildung und begrenzte Vorkehrungen für frühkindliche Betreuung und Bildung gekennzeichnet sind, mit stärkeren sozialen Ungleichheiten bei Bildungserfolg und Bildungsstand konfrontiert sind. **Auf Schulebene** haben die Schul- und Unterrichtspraxis sowie die Einstellungen und Lehrstile der Lehrkräfte ebenfalls Auswirkungen auf die Motivation und das Engagement der Kinder und Jugendlichen bei der Ausbildung: ein ungünstiges Schulklima, mangelnder Schülerfokus, eine mangelhafte Sensibilisierung für Bildungsbenachteiligung Gewalt und Mobbing, schlechte Lehrer-Schüler-Beziehungen sowie als irrelevant betrachtete Lehrmethoden und Lehrpläne sind nur einige der Faktoren, die zur Entscheidung für einen frühzeitigen Schulabgang beitragen können⁶.

Politisches Vorgehen auf EU-Ebene

Auf europäischer Ebene ist die erforderliche Senkung der Schulabbrecherquote ein Bestandteil der Strategie Europa 2020⁷. **Eines der fünf Kernziele ist die Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10 % bis 2020. 2011 gab der Rat eine Empfehlung für politische Strategien zur Senkung der Schulabbrecherquote heraus⁸. Sie fordert Mitgliedstaaten dazu auf, faktengestützte, umfassende Strategien** umzusetzen, die alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Ausbildung umfassen und aus der richtigen Mischung aus Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen bestehen. Um die Umsetzung der Empfehlung zu unterstützen, nahm die politische Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern mit einer thematischen Arbeitsgruppe zum Thema Schulabbruch ihren Anfang⁹.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Gruppe wurde 2014 eine neue ET-2020-Arbeitsgruppe zum Thema Schulpolitik ins Leben gerufen, die sich aus politischen Entscheidungsträgern fast aller EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegens, Serbiens und der Türkei und Vertretern europäischer Sozialpartner zusammensetzt. Neben der Bekräftigung des Bedarfs an umfassenden, langfristigen politischen Rahmenbedingungen, in denen Präventions-, Interventions- und Kompensationsmaßnahmen konsistent umgesetzt werden, konzentriert sich die Arbeitsgruppe zum Thema Schulpolitik auf die **Prävention und frühzeitige Intervention bei frühzeitigen Schulabbrüchen auf Schul- und**

⁵ Diese Benennung bezieht sich auf Situationen, in denen Lernende und ihre Familien schon früh bindende Entscheidungen zur weiteren schulischen Laufbahn treffen müssen.

⁶ Für eine aktuelle Übersicht über die Gründe von Schulabbrüchen siehe Eurydice und Cedefop (2014) Tackling early leaving from education and training in Europe – Strategies, policies and measures (Bekämpfung eines frühzeitigen Abbruchs der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa – Strategien, Politiken und Maßnahmen), http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/175en.pdf

⁷ Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM (2010)2020. Weitere Informationen unter http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

⁸ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32011H0701%2801%29>

⁹ http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/archive/index_en.htm Der im November 2013 veröffentlichte Abschlussbericht der thematischen Arbeitsgruppe zum Thema Schulabbruch enthält Kernaussagen für politische Entscheidungsträger, eine Checkliste zu umfassenden politischen Maßnahmen sowie einen Anhang mit praktischen Beispielen aus mehreren EU-Ländern: http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/archive/index_en.htm

Kommunalebene. Mithilfe von Peer Learning, der Analyse von Fallstudien, Mapping (der Verfahren der Schulgovernance und der Methoden zur Unterstützung Lernender), der Berücksichtigung internationaler Forschungen, des Dialogs mit Experten sowie ausführlicher landesspezifischer Workshops geht die Arbeitsgruppe der Frage nach, wie **ganzheitlichere, kooperativere Ansätze zum Thema Schulabbruch** umgesetzt werden können. Durch die Entwicklung eines speziellen, online verfügbaren „Europäischen Toolkits für Schulen für inklusive Bildung und zur Prävention von Schulabbrüchen“¹⁰ möchte die Arbeitsgruppe konkrete Unterstützung zur Vorbeugung von Schulabbrüchen bereitstellen, schnell und angemessen auf erste Anzeichen eines Rückzugs aus dem Bildungssystem reagieren und dafür sorgen, dass alle Lernenden erfolgreich sein können.

Im Rahmen der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union setzte Luxemburg das Thema Schulabbruch vor kurzem weit oben auf die Tagesordnung und verlieh der Debatte um dieses Thema somit eine frische Dynamik. Das im Juli 2015 in Luxemburg organisierte Symposium und der Vorschlag für Schlussfolgerungen des Rates, die von den Bildungsministern im November 2015 angenommen werden sollen, bestätigen und bekräftigen die durch die politische Zusammenarbeit zu diesem Thema erreichten Schlussfolgerungen.

In dieser Publikation werden die wichtigsten Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe zur Schulpolitik zusammengefasst und **Rahmenbedingungen für kooperative Ansätze** zur Bekämpfung von Schulabbrüchen und Bildungsbenachteiligung auf Schul- und Kommunalebene identifiziert. Die vorliegende Publikation richtet sich an Bildungseinrichtungen auf nationaler, regionaler bzw. kommunaler Ebene, wie es gemäß dem nationalen Kontext als angemessen und relevant ist, sowie an Schulen. Sie dient als Begleitdokument und Ergänzung zum kommenden „Europäischen Toolkit für Schulen“.

Ein „ganzheitlicher Schulansatz“ zur Bekämpfung des Schulabbruchs

Politische Strategien zur Verringerung der Schulabbrecherquote sollten in eine **übergreifende, inklusive und lernerzentrierte Vision von Bildung** integriert werden, die hochwertige Bildung für jedermann garantiert. In einer derartigen Vision spielen Schulen eine entscheidende Rolle, um dafür zu sorgen, dass alle Lernenden unabhängig von individuellen und familienbezogenen Faktoren, sozioökonomischem Status und Lebenserfahrungen ihr Wachstumspotenzial voll ausschöpfen. Schulen sollten sichere, einladende und fürsorgliche Lernumgebungen sein, die die Einbindung der Lernenden anstreben und in denen Kinder und Jugendliche als Individuen und Mitglieder der Gemeinschaft wachsen und sich entwickeln können, sich respektiert und geschätzt fühlen und ihre speziellen Talente und Bedürfnisse anerkannt werden.

Aufgrund der facettenreichen Beschaffenheit des Problems können Schulen Schulabbrüchen und Bildungsnachteilen nicht alleine entgegenwirken. Die verschiedenen schulinternen und -externen Interessenträger und Dienste müssen zusammenarbeiten und ihre Anstrengungen zusammenführen. Die Schule ist jener

¹⁰ Das „Europäische Toolkit für Schulen“ wird auf dem School Education Gateway (<http://www.schooleducationgateway.eu/de/pub/index.htm>) erhältlich sein; die Pilotversion wird ab Ende 2015 zur Verfügung stehen.

Ort, um die gemeinschaftliche Zusammenarbeit anzustoßen. Dies erfordert einen **„ganzheitlichen Schulansatz“**.

Ein „ganzheitlicher Schulansatz“ ist die ökologische Sichtweise auf eine Schule. Die Schule wird als mehrdimensionales, interaktives System verstanden, das lern- und wandelfähig ist; ein offenes Lernzentrum, das seine Umgebung unterstützt und von der Gemeinschaft unterstützt wird.

Die Entwicklung eines „ganzheitlichen Schulansatzes“ zur Verringerung der Schulabbrecherquote bedeutet, dass das Ziel, Schulabbrüche zu umgehen und schulischen Erfolg für alle zu fördern, konsequent und systematisch in all den Dimensionen des Schullebens vorangebracht wird, die sich auf den Bildungserfolg auswirken könnten. Bei einem „ganzheitlichen Schulansatz“ fühlen sich **alle Mitglieder der Schulgemeinschaft** (Schulleiter, das mittlere Management, Lehrkräfte und sonstiges Schulpersonal, Lernende, Eltern und Familien) verantwortlich und spielen eine aktive Rolle bei der Bekämpfung von Bildungsbenachteiligung und bei der Prävention von Schulabbrüchen. Die gesamte Schulgemeinschaft arbeitet auf der Grundlage von Multidisziplinarität und Differenzierung¹¹ zusammen und verfolgt dabei das Ziel, jeden Lernenden so angemessen wie möglich zu unterstützen. Es herrscht eine Kultur und ein Klima, die sich auf einen ganzheitlichen Ansatz für Schulen und Lernende beziehen und darauf ausgerichtet sind, den Bildungserfolg und das Verhalten der Lernenden zu verbessern und ihr emotionales, soziales und psychologisches Wohlbefinden zu fördern.

Ein „ganzheitlicher Schulansatz“ impliziert außerdem einen **sektorübergreifenden Ansatz** sowie eine **engere Zusammenarbeit mit verschiedensten Interessenträgern** (Sozialhilfe, Jugendhilfe, ortsnahe Betreuer, Psychologen, Krankenschwestern/-pfleger, Logopäden, Berater, Behörden, NRO, Unternehmen, Gewerkschaften, Freiwillige usw.) **und der Gemeinschaft als Ganzes**, um Problemen zu begegnen, für deren Lösung Schulen nicht über die einschlägigen Kompetenzen verfügen (können). Das Konzept eines „ganzheitlichen Schulansatzes“ berücksichtigt das gesamte System von Akteuren und ihren schulinternen und schulnahen Beziehungen untereinander. Somit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass jeder Interessenträger eine Rolle spielen muss, um die Ausbildung der Lernenden zu unterstützen und ihre Lernerfahrung zu verbessern.

Ein „ganzheitlicher Schulansatz“ ist für alle Lernenden von Vorteil, nicht nur für die gefährdeten. Außerdem unterstützt er Schulen beim Umgang mit vielerlei komplexen Problemen, mit denen Schulen sich vermehrt konfrontiert sehen. Herausforderungen, die mit der wachsenden Vielfalt, steigenden Ungleichheiten und der zunehmenden sozialen Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft sowie mit dem Anstieg der Migrantenströme in letzter Zeit einhergehen, stellen Schulen vor neue Anforderungen und erfordern systemische, kooperative Antworten.

Die Entwicklung von Kooperation braucht Zeit und erfordert eine Veränderung von Ansätzen und Denkweisen. Es erfordert, dass Individuen durch innovative Ansätze über die Kapazitäten und Fähigkeiten verfügen, um in interdisziplinären Umgebungen arbeiten zu können. Mehr Zeit und Raum für Dialoge und Kooperation, eine erhöhte

¹¹ „Differenzierung“ bezieht sich auf den Prozess, Lernansätze auf die besonderen Bedürfnisse von Einzelpersonen oder Lerngruppen bzw. auf bestimmte Gegebenheiten zuzuschneiden. Hierfür ist erforderlich, dass die Lehrkräfte aus vielen verschiedenen Unterrichtsmethoden und -anpassungen wählen können, um mit einer vielfältigen Gruppe von Schülerinnen und Schülern mit vielfältigen Lernbedürfnissen im gleichen Kurs, Klassenzimmer oder in der gleichen Lernumgebung zu arbeiten.

Teilnahme der Lernenden sowie eine engere Einbeziehung von Eltern und Familien sind ebenfalls erforderlich.

Schulen müssen in die Lage versetzt werden, einen „ganzheitlichen Schulansatz“ zu entwickeln und umzusetzen. Schulen, die hohe Schulabbrecherquoten haben oder in Gegenden mit hoher sozioökonomischer Ausgrenzung liegen, sollten besondere Unterstützung erhalten. Hierbei könnte es sich beispielsweise um zusätzliche finanzielle und personalbezogene Hilfen handeln oder um zusätzliche Unterstützung bei der Fort- und Weiterbildung des Personals, verbunden mit kontinuierlichem Monitoring. Unterstützungsstrukturen und -mechanismen sollten außerdem in der Lage sein, für einen Dialog und auf den einschlägigen Ebenen für einen gegenseitigen Informationsaustausch zwischen der Schule, ihren Interessenträgern und den Behörden zu sorgen (abhängig von den nationalen Gegebenheiten und unter voller Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips). Damit soll gewährleistet werden, dass die alltägliche Realität der Schule auf politischer Ebene verstanden wird. Die systematische Einbeziehung von Schulen in die politische Entscheidungsfindung wäre in dieser Hinsicht hilfreich.

Die **Rahmenbedingungen für einen „ganzheitlichen Schulansatz“ zur Bekämpfung des Schulabbruchs** konzentrieren sich auf fünf thematische Bereiche, die alle eng miteinander verbunden sind. Jeder Bereich wird im „Toolkit für Schulen“ ausführlicher erläutert und um praktische Beispiele und Maßnahmen ergänzt. In einigen Bereichen sollte eine weitere Bearbeitung auf europäischer Ebene in Betracht gezogen werden:

1. Schulgovernance
2. Unterstützung der Lernenden
3. Lehrkräfte
4. Eltern und Familien
5. Einbeziehung von Interessenträgern

1. Schulgovernance

Eine kompetente und effektive Schulleitung und -governance sind nötig, um eine positive, kooperative Kultur und Gesinnung zu fördern, die alle Schulakteure einbezieht und die Gemeinschaft fest an die Schule bindet. Die folgenden Aspekte sind dabei entscheidend:

- Höhere Flexibilität/Autonomie für Schulen: Die Komplexität von Schulabbrüchen erfordert flexiblere, innovativere Herangehensweisen. Schulen sollte mehr Flexibilität im Hinblick auf beispielsweise Schulgovernance, Unterrichtsmethoden und die Umsetzung von Lehrplänen (mit mehr Spielraum für experimentelle Ansätze zur Bekämpfung des Schulabbruchs) zugesprochen werden. Eine höhere Schulautonomie und starke Verantwortlichkeit ermöglichen es Schulen, die am besten geeigneten Lösungen für komplexe Situationen zu identifizieren und den speziellen Bedürfnissen der Schulgemeinschaft am besten gerecht zu werden.
- Auswahl, Unterstützung und Schulungen für Schulleiter: Schulleiter spielen bei der Entwicklung und Umsetzung „ganzheitlicher Schulansätze“ eine entscheidende

Rolle, vor allem durch eine stärkere Verteilung der Führungskompetenzen und die Schaffung von Raum und Zeit für Kooperation. Schulen brauchen engagierte, wertorientierte, kompetente und hochmotivierte Schulleiter; sie brauchen leitende Persönlichkeiten mit klarer Vision und Organisationsbewusstsein, die in der Lage sind, neue Verantwortlichkeiten zu übernehmen, Autorität und Macht zu teilen und den Dialog zwischen allen Schulakteuren und mit weiteren Interessenträgern im Hinblick auf eine Reihe von gemeinsamen Zielen und Verantwortlichkeiten anzustoßen und zu fördern. Schulleiter spielen eine entscheidende Rolle beim Ermöglichen eines unterstützenden Umfelds für Lehrkräfte, in dem das Voneinander-Lernen zwischen Lehrkräften sowie Zeit für Feedback, Überlegungen und Vernetzung innerhalb und zwischen Schulen gefördert wird. Außerdem spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Bereitstellung von Möglichkeiten und Umgebungen für eine praxisorientierte Erstausbildung der Lehrkräfte und eine forschungsbasierte Fort- und Weiterbildung, deren Schwerpunkt unter anderem auch auf Schulabbruch liegen muss. Die Kompetenzen und Qualifikationsanforderungen für Schulleiter müssen überdacht werden. Um effektiv zu sein, müssen Schulleiter angemessen ausgewählt, vorbereitet und unterstützt werden. Die Erstausbildung sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für neue, etablierte und angehende Schulleiter sollten insbesondere im Hinblick auf Schulabbruchsmechanismen und die Relevanz von Führungsstärke und Kooperation (einschließlich mit Familien und der Gemeinschaft als Ganzes) sensibilisieren. Zahlreiche Länder bieten bereits Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für zukünftige bzw. amtierende Schulleiter an, und einige haben mit der Entwicklung von Kompetenzrahmen für Schulleiter begonnen.

- Verteilung von Führungskompetenzen: Die Einführung eines Modells zur geteilten Führungsverantwortung in der Schule, das auf verbesserte Lernergebnisse ausgerichtet ist, erfordert die Entwicklung einer reflektierenden Praxis und einer Verteilung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf die gesamte Schulgemeinschaft. Schulleiter sollten in der Lage sein, Lehrkräfte dazu zu ermutigen, in einem bestimmten Fachbereich Führungsrollen und Verantwortlichkeiten zu übernehmen und alleine oder in Gruppen Initiativen zu ergreifen. Sie sollten Teamarbeit, multidisziplinäre und professionelle Zusammenarbeit unter Lehrkräften und sonstigem Schulpersonal sowie weiteren Interessenträgern, Fachkräften und Diensten fördern. Die Einführung eines Modells zur geteilten Führungsverantwortung erfordert außerdem eine verstärkte Teilnahme von Lernenden und Familien am Schulleben und an formalen und informellen Entscheidungsprozessen.
- Ganzheitliche Schulverbesserungsprozesse: Ein ganzheitlicher Schulansatz verfolgt das Ziel, die Qualität und die Standards der gesamten Schule zu erhöhen. Damit dieser Ansatz Wirkung zeigen kann, müssen Schulen die Bedürfnisse der Schulgemeinschaft identifizieren und darauf eingehen sowie fortlaufende, zyklische Verbesserungsprozesse durchlaufen. Schulen, die aktiv auf Schulplanung und eine (Selbst)Beurteilung zurückgreifen, werden in einer besseren Position sein, Schulabbruch zu bekämpfen. Hierbei sollten Schulentwicklungspläne und Selbstbeurteilungsprozesse Ziele beinhalten, die die zugrunde liegenden Faktoren des Schulabbruchs und die Förderung des Bildungserfolges angehen, und dabei nationale, regionale und kommunale Standards berücksichtigen. Ganzheitliche Prozesse zur Steigerung der Schulqualität sollten durch Offenheit und Transparenz gekennzeichnet sein. Sie sollten in partizipativer Weise von der gesamten Schulgemeinschaft (einschließlich Lernenden, Eltern und Familien) und in Zusammenarbeit mit Interessenträgern, multiprofessionellen Teams und externen lokalen Diensten entwickelt und umgesetzt werden. Sie sollten auf gemeinsamen Zielen und klar definierten Rollen und Verantwortlichkeiten beruhen. Des Weiteren

sollten klare Indikatoren auf der Grundlage von Risiko- und Schutzfaktoren festgelegt werden, um Verbesserungen zu beobachten. In die Schulentwicklungspläne sollten Unterstützungsmaßnahmen für Schulpersonal, darunter beispielsweise strukturierte Einführungsprogramme und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, integriert werden.

- Externe Mechanismen zur Überwachung und Beurteilung (Qualitätssicherung): Auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Maßzahlen, die die Vielfalt der Aktivitäten, für die die Schule verantwortlich ist, sowie die verschiedenen Ausgangspunkte/Kontexte der Schulaktivität (z. B. den Versuch, den „Mehrwert“ der Schule zu messen) widerspiegeln, können Qualitätssicherungsmechanismen für Schulen bei der Umsetzung ihrer Strategien zur Bekämpfung des Schulabbruchs eine Beratungs- und Unterstützungsrolle einnehmen. Ihr Zweck besteht darin, erfolgreiche Veränderungs- und Entwicklungsprozesse innerhalb der Schulen aufzuzeigen. Insbesondere qualitative Indikatoren können Schulen dabei unterstützen, über Maßnahmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs nachzudenken, die bereits vorhanden sind oder ergriffen werden können. Qualitätssicherungsmechanismen scheinen dann die größte Wirkung zu zeigen, wenn deren „summative“ Funktionen (bezüglich Verantwortung, Kontrolle und Compliance-Prüfung) und „formative“ Funktionen (bezüglich Verbesserung und Entwicklung) einander ergänzen und sich gegenseitig stärken¹².
- Vernetzung zwischen Schulen: Die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen verschiedener Arten und Stufen, die im gleichen Einzugsgebiet liegen, kann den Verfahrensaustausch fördern und dazu beitragen, den Lernenden und Familien den wichtigen Übergang von frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung zu Grundschulen und von Grund- zu weiterführenden Schulen zu erleichtern. Lokale Behörden können bei der Förderung dieser Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen. Netzwerke und multiprofessionelle Lerngemeinschaften auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sollten außerdem dazu ermutigt werden, das gegenseitige Lernen und den Verfahrensaustausch zu fördern.

2. Unterstützung der Lernenden

Ein anregendes, förderliches Lernklima, das an alle Lernenden hohe Erwartungen stellt, ist von entscheidender Bedeutung. Die Schule sollte allen Lernenden ein Umfeld bieten, das ihre Diversität berücksichtigt, ihr Lernpotenzial voll ausschöpft und sich an ihre Lernbedürfnisse anpasst. Der Schwerpunkt der Strategie/des Leitbildes der Schule sollte insbesondere auf der Prävention von Schulabbrüchen liegen. Unabhängig davon, welche Lernschwierigkeiten und frühen Anzeichen eines Rückzugs aus dem Bildungssystem festgestellt werden, sollten Schulen schnell reagieren. Eine gezielte Intervention ist innerhalb eines systemischen Rahmens zur Unterstützung von gefährdeten Schülerinnen und Schülern von entscheidender Bedeutung.

- Ansprechende, stimulierende Lehrpläne und wirkungsvolle Unterrichtsmethoden: Wenngleich Lehrpläne an alle Lernenden hohe Erwartungen stellen müssen, sollten sie personalisierte Unterrichts- und Lernmethoden und unterschiedliche

¹² Europäische Kommission (2015), Comparative study on quality assurances in EU school education systems (Vergleichsstudie zur Qualitätssicherung in EU-Schulbildungssystemen) (<http://bookshop.europa.eu/en/comparative-study-on-quality-assurance-in-eu-school-education-systems-pbNC0415279/>)

Leistungsbeurteilungsarten zulassen. Sie sollten sich stärker auf eine formative Beurteilung konzentrieren, um die Aneignung von Wissen und die Entwicklung von Fertigkeiten und Kompetenzen durch das Kind im Rahmen seiner Fähigkeiten zu fördern, ohne dabei an Qualität des Lehrplaninhalts einzubüßen. Sie sollten einen Bezug zur Lebensrealität und zur Vielfalt der Gesellschaft haben und die Kontinuität mit darauffolgenden Stufen allgemeiner und beruflicher Bildung oder mit alternativen Ausbildungswegen gewährleisten. Sie sollten stärker lernerorientierte Unterrichtsmethoden und ein mehr auf Zusammenarbeit ausgerichtetes Lehren und Lernen zulassen. Außerdem sollte es Möglichkeiten zur Validierung nichtformalen und informellen Lernens geben.

- Das Wohlbefinden der Lernenden: Neben dem Schwerpunkt auf Lehren und Lernen sollte auch das Wohlbefinden der Lernenden gefördert werden. Schulen sollten nicht nur ein sicheres und einladendes Umfeld schaffen. Sie können auch eine wichtige Rolle dabei spielen, Situationen wie Mobbing, Viktimisierung, Gewalt oder Missbrauch innerhalb und außerhalb der Schule zu erkennen. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Mobbing wichtig. Den Lernenden sollten in der Schule und gegebenenfalls in Verbindung mit lokalen Behörden und Diensten eine breite Vielfalt an Aktivitäten, Unterstützung und Beratung zur Verfügung stehen, darunter emotionale und psychologische Unterstützung bei psychischen Gesundheitsproblemen (wie Sorgen, Depression oder posttraumatische Störungen).
- Frühzeitige Erkennungsmechanismen: Es ist wichtig, dass frühe Anzeichen eines Rückzugs aus dem Bildungssystem, wie z. B. Schulabsentismus und unangemessenes Verhalten, schnell erkannt werden und prompte Reaktionsmechanismen vorhanden sind. Auf der Grundlage von Empfehlungen nationaler oder kommunaler Behörden könnten gegebenenfalls Frühwarnsysteme entwickelt werden.
- Ein systemischer Förderrahmen: Die schnelle Erkennung von Lernschwierigkeiten oder anderen Problemen sollte innerhalb eines systemischen Förderrahmens der jeweiligen Schule eine Reaktion auslösen. Bei gefährdeten Lernenden sollte auf integrative Weise eine gezielte Intervention erfolgen. Diese ist wirkungsvoller, wenn sie durch multidisziplinäre Schulteams bzw. durch externe Fachkräfte sowie unter Einbeziehung all derjenigen erfolgt, die mit den Lernenden zu tun haben, wie z. B. Familienmitglieder, Geschwister oder Freiwillige. Hier kann das Erstellen eines individuellen Förderplans, der klare, erreichbare Ziele setzt, unter Absprache mit dem Lernenden und dessen Familie sehr hilfreich sein.
- Gezielte Förderung von Nichtmuttersprachlern: Lernende, deren Muttersprache nicht die Unterrichtssprache ist, sollten bevorzugt außerhalb der Schulzeiten zusätzliche und angemessene Förderung gemäß ihren Bedürfnissen erhalten. Dabei sollte jede Art von Trennung oder Ausgrenzung vermieden werden. Ihre muttersprachlichen Kompetenzen und Kenntnisse sollten anerkannt und als Ressource für die gesamte Klasse genutzt werden. Eltern können ebenfalls von sprachlicher Unterstützung profitieren – hier könnten Schulen z. B. mit NGO zusammenarbeiten, um den Spracherwerb der Eltern mit Migrationshintergrund zu fördern. In Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Diensten sollten vor allem neu angekommenen Migranten entweder schulintern oder -extern weitere Förderformen zur Verfügung stehen.
- Die Stimme der Lernenden und die Teilnahme am Schulleben: Die Lernenden müssen sich für ihr Lernen verantwortlich fühlen und die Möglichkeit erhalten, ihre Ansichten zu äußern. Am Leben und den Aktivitäten der Schule teilzunehmen,

erhöht die Motivation und das Zugehörigkeitsgefühl¹³. Es sollte im Rahmen von Schülervertretungen oder Konsultationen genügend Zeit für Gespräche in Klassenzimmern geben, damit Lernende Probleme im Zusammenhang mit ihrer Lernerfahrung ansprechen können. Interaktiver Unterricht und dialogisches Lernen (z. B. in kleinen Gruppen) könnte es den Lernenden erleichtern, über Probleme zu sprechen, die sich auf ihr Lernerlebnis auswirken. Außerdem könnten interne/externe Konsultationsmethoden genutzt werden, um die Perspektiven der Lernenden in Erfahrung zu bringen. Die Teilnahme an Schulprojekten zu spezifische Themen (wie z. B. Umweltbewusstsein), für die die Möglichkeiten von Erasmus+ und eTwinning voll ausgeschöpft werden sollten, kann zur Förderung der Schülerteilnahme beitragen. Schulen sollten außerdem die sinnvolle Teilnahme von Lernenden an schulischen Entscheidungsprozessen (z. B. durch Schülervertretungen/Schülerräte) sowie an der Schulevaluation und an Verbesserungsprozessen fördern. Wenngleich alle Lernenden unterstützt werden müssen, sodass sie aktiv am Schulleben teilnehmen können, ist es äußerst wichtig, verstärkt dafür zu sorgen, dass marginalisierte Schülerinnen und Schüler einbezogen werden und ihre Stimme gehört wird.

- Berufsberatung: Die Rolle der Berufsberatung zur Prävention eines Schulabbruchs hat breite Anerkennung gefunden. Studien zufolge ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass Schülerinnen und Schüler mit vorhandenem Bildungs- und Berufsplan nicht die Schule abbrechen und stärker im Bildungssystem eingebunden sind. Eine systematische Berufsberatung kann außerdem den oft schwierigen Übergang zu anderen Schulstufen, Bildungswegen, Berufsausbildungen oder Arbeitsverhältnissen erleichtern. Wirkungsvolle Lernfertigkeiten und Berufsberatung sollten bereits in den ersten Stufen des Bildungswesens vollständig in den Lehrplan integriert werden und die Lernenden dabei unterstützen, ihre Stärken und Talente zu erkennen. Berufsberatung kann als verpflichtendes Thema oder als eigenständiges Fach gelehrt oder als lehrplanübergreifendes Fach in den Lehrplan integriert werden. In einer wirkungsvollen, lebenslangen Beratung werden häufig viele schulische und außerschulische Aktivitäten kombiniert, wie z. B. Praktikumsprogramme, Job Shadowing, Berufsspiele oder Schnupperkurse in anderen Bildungsformen. Wenngleich Lehrkräfte eine wichtige Rolle dabei spielen, die Lernenden dazu zu befähigen, sich die nötigen Fertigkeiten anzueignen, um ihren Interessen, Kompetenzen und Berufswünschen nachzugehen, muss eine wirkungsvolle Berufsberatung auch viele verschiedene Interessenträger (z. B. Beratungslehrer, Eltern und Arbeitgeber) mobilisieren.
- Außerschulische Aktivitäten: Aktivitäten außerhalb des Lehrplans und außerhalb der Schule, wie z. B. Sport, Kunst, Kultur und sonstige Aktivitäten, die mit Bildungszielen kompatibel sind, können jungen Menschen zusätzliche Möglichkeiten bieten, ihr Potenzial unter Beweis zu stellen, und können darüber hinaus ihre Motivation steigern und ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Schule erzeugen. Solche Aktivitäten sollten zusammenhängend gestaltet werden, um den Lehrplan zu ergänzen und die Teilnahme und soziale Inklusion der Schülerinnen und Schüler zu maximieren. Sie könnten auch in die Gesamtbeurteilung der Lernenden einfließen. Derartige Aktivitäten könnten in Zusammenarbeit mit Eltern, kulturellen Institutionen, Sport- und Jugendorganisationen, lokalen Diensten, NRO und unter Einbeziehung von Freiwilligen aus der Gemeinschaft entwickelt werden.

¹³ Kinderbeteiligung ist gemäß Artikel 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (AB C 364, 18.12.2000, vollständiger Wortlaut abrufbar unter http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf) sowie gemäß Artikel 12 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes von 1989 ein Grundrecht.

3. Lehrkräfte

Lehrkräfte sind der Schlüsselfaktor in der Schulbildung von Kindern und Jugendlichen und gehören zu den wichtigsten Garanten für den Bildungserfolg. Studien haben gezeigt, dass eine unterstützende Beziehung zwischen Lehrkräften und Lernenden der stärkste Prädiktor für schulische Einbindung und schulischen Erfolg darstellt. Es ist entscheidend, dass sich Lehrkräfte bewusst sind, dass sie für Lernende eine wesentliche Bezugsperson sind, die einen großen Einfluss auf ihren Bildungsweg haben kann. Ebenso wichtig ist, dass sie sich darüber im Klaren sind, dass es der gemeinsamen Verantwortung aller Lehrkräfte und der Schulgemeinschaft als Ganzes obliegt, alle Lernenden beim Ausschöpfen ihres vollen Potenzials zu unterstützen. Angesichts neuer Herausforderungen wird die Rolle der Lehrkräfte vielseitiger und anspruchsvoller. Neben der Bedeutung des beruflichen Urteilsvermögens der Lehrkräfte sind neue Fertigkeiten und Kompetenzen erforderlich, denen im Rahmen der Erstausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften Rechnung getragen werden muss.

- Ursachen von Schulabbrüchen verstehen: Die Mechanismen von Schulabbrüchen und Bildungsnachteilen, einschließlich der möglichen Risiko- und Schutzfaktoren, sollten zu einem Kernelement der Erstausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften werden. Es ist unerlässlich, dass alle Lehrkräfte sich ihrer Schlüsselrolle bei der Förderung der fortlaufenden Entwicklung und Bildung von Kindern bewusst sind: Lehrkräfte sind in einer vorteilhaften Position, um den Rückzug aus dem Schulsystem sowie Lernschwierigkeiten bereits sehr früh zu erkennen, und können demnach zu einer prompten Reaktion auf die Situation beitragen. Sie müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass ihre Erwartungen, ihre Einstellung und ihre Ausdrucksweise erhebliche Auswirkungen auf Schülerinnen und Schüler sowie auf deren Familien haben können. Sie müssen sich der Rolle bewusst sein, die Eltern und Familien im Lernprozess spielen, und sich die Vorteile einer elterlichen Einbeziehung zunutze machen.
- Kompetenzen der Lehrkräfte: Es sollte Maßnahmen und Strukturen zur Förderung einer lebenslangen Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften geben (idealerweise auf Kommunalebene). Die Erst-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften mit Schwerpunkt auf der Prävention von Schulabbrüchen sollte Lehrkräfte dabei unterstützen, Differenzierung und aktives Lernen in ihre Unterrichtspraxis zu integrieren. Sie sollten darauf vorbereitet werden, kompetenzorientiertes Lehren und formative Beurteilung effektiv zu nutzen und ein mehr auf Projekte und Zusammenarbeit basiertes Lehren und Lernen zu praktizieren. Fachkompetenzen in Sachen Beziehungen und Kommunikation (einschließlich Methoden der Einbeziehung von Eltern und externen Partnern) sollten gefördert werden. Des Weiteren sollten Lehrkräfte mit Strategien der Unterrichtsführung und im Umgang mit Vielfalt sowie mit Kompetenzen zu den Themen Beziehungsaufbau, Konfliktlösung und Mobbing-Prävention ausgestattet werden.
- Aufbau von Kapazitäten für Teacher Leadership: Unter Teacher Leadership versteht man eine Gemeinschaftsleistung, bei der Lehrkräfte sich Fachkompetenzen aneignen und Fort- und Weiterbildung fördern, um die Bildungspraxis zu verbessern. Lehrkräfte sollten dazu ermutigt und dabei unterstützt werden, innerhalb und außerhalb des Klassenzimmers Führungsverantwortung zu übernehmen. Lehrkräfte, die sich an kooperativen Führungsprozessen beteiligen, tragen zur Schuleffektivität, Unterrichtsqualität und Verbesserung der Schülerleistung bei.

- Berufserfahrung: Im Rahmen der Erstausbildung ist es wichtig, dass alle Referendare praxisbezogene Gelegenheiten bekommen, das Wesen, die Ursachen und das Ausmaß von Schulabbrüchen und Bildungsnachteilen sowie deren Auswirkungen auf die Lernenden und deren Anforderungen an die Lehrkräfte besser zu verstehen. Lehramtsstudierende sollten die Möglichkeit haben, praktische Erfahrungen mit der alltäglichen Realität von Schulabbrüchen zu sammeln, z. B. durch die Teilnahme an Praktika in Schulen mit hohen Schulabbrecherquoten oder hoher sozioökonomischer Ausgrenzung, oder durch beaufsichtigte Aktivitäten mit sozial schwachen Familien. Dadurch hätten die Lehramtsstudierende die Gelegenheit, ihre Rolle als Lehrer und die Art und Weise, wie sie den Bildungsbedürfnissen von gefährdeten Kindern begegnen, zu überdenken.
- Peer-Learning: Die schulische Ausbildung zur Entwicklung und Förderung einer Kultur des Peer-to-peer-Learning (unter Lehrkräften, aber auch mit Schülerinnen und Schülern) sowie Peer-Beobachtung ist von enormer Bedeutung. Peer-Supervision könnte ebenfalls gefördert werden, sowohl innerhalb der Schule als auch in Zusammenarbeit mit anderen Schulen. Im Rahmen von Schulnetzen sollten Schulen verschiedener Art und Stufen einander als Ressourcen dienen, um voneinander zu lernen. IT-Tools und kooperative Plattformen wie z. B. eTwinning können bei der Unterstützung dieser Formen der Zusammenarbeit sehr effektiv sein.
- Vielfalt begrüßen: Wann immer Schulen aktiv daran arbeiten, der Vielfalt ihres Personals und der Lernenden positiv zu begegnen, lassen sich nachhaltige schulische Verbesserungen nachweisen. Das Wissen, die Kompetenzen und die Fertigkeiten der Lehrkräfte zum Thema Diversität in all ihren Formen, interkulturelle Bildung, Mehrsprachigkeit und das Unterrichten von Zweitsprachenlernenden sollte in die Erstausbildung integriert und im Rahmen der Fort- und Weiterbildung untermauert werden. Der Lehrerberuf sollte weiter gefördert werden, um eine große Anzahl von Kandidaten aus allen Bereichen der Gesellschaft anzusprechen und die besten davon zu rekrutieren. Dabei sollte ein starker Zusammenhalt in Bezug auf die Grundwerte und Ziele der Schule aufrechterhalten werden, welche die Gesellschaft und die Interessenträger als Ganzes teilen und befürworten.
- Zusätzliche Unterstützung für Lehrkräfte: Es sollte eine angemessene Würdigung und Unterstützung der Lehrkräfte, die an Schulen mit hohen Schulabbrecherquoten oder mit hoher sozioökonomischer Ausgrenzung tätig sind, in Betracht gezogen werden, z. B. in Form von Anreizen für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Sabbaticals für die Fortbildung oder zusätzlichen Lehr- oder anderweitigen Ressourcen. Dem emotionalen Wohlbefinden des Personals sollte ebenfalls Rechnung getragen werden.

4. Eltern und Familien

Die Einbeziehung der Eltern ist ein Schlüsselfaktor für den Bildungserfolg: Eine anregende häusliche Umgebung und elterliches Einbindung sind für das Lernen und die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung des Kindes entscheidend. Das Verhältnis zwischen Schulen, Eltern und Familien kann jedoch problematisch sein. Einerseits kann dies auf die früheren Erfahrungen der Eltern mit dem Bildungssystem, deren Bildungsstand, kulturellen und sozioökonomischen Hintergrund sowie deren Erziehungsmethoden und Distanz zur „Schulkultur und -sprache“ zurückzuführen sein.

Andererseits kann dies jedoch auch damit zusammenhängen, dass Lehrer die Eltern als passiv, opportunistisch oder aufdringlich wahrnehmen oder nicht die Zeit und Erfahrung haben, um sich an die Eltern zu wenden und sie wirkungsvoll einzubeziehen.

- Bildung als geteilte Verantwortung: Eltern und Familien haben den direktesten und nachhaltigsten Einfluss auf das Lernverhalten und die Entwicklung der Kinder. Alle Eltern und Familien müssen in ihrer aktiven Einwirkung auf das Lernverhalten ihrer Kinder anerkannt und angemessen unterstützt werden, und das bereits ab einem frühen Alter der Kinder. Schulen und andere Interessenträger des Bildungswesens und sonstiger Bereiche können Maßnahmen entwickeln, um Familien dabei zu unterstützen, ein lernförderndes häusliches Umfeld zu schaffen. Des Weiteren können Informationen und Ideen in Bezug auf die Frage, wie Kindern zu Hause bei den Hausaufgaben und anderen schulischen Aktivitäten geholfen werden kann, bereitgestellt werden.
- Vertrauen und Zusammenarbeit: Effektive Partnerschaften zwischen Familien und Schulen müssen auf gegenseitigem Respekt und der Anerkennung des Werts und der Kompetenzen des anderen beruhen. Eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses zwischen Schulen und Familien ist dabei entscheidend. Schulen, in denen sich Eltern aus allen Milieus und Bildungsschichten willkommen fühlen und diese als Ressource für Schulen erachtet werden, sollten gefördert werden. Dies kann zum Beispiel dadurch erreicht werden, dass Eltern zu bestimmten Zeiten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um sich zu treffen und gegenseitig zu unterstützen, dass Eltern als Freiwillige zu schulischen Aktivitäten im Klassenzimmer (z. B. Lesungen vor der Klasse, Bereitstellung zusätzlicher Unterstützung für Einzelne oder die Leitung kleiner Gruppen) oder im Rahmen anderer schulischer Aktivitäten (innerhalb und außerhalb des Lehrplans) eingeladen werden, um ihre Fertigkeiten und Erfahrungen zu teilen. Falls nötig können andere Dienste, NGO und Fachkräfte (kulturelle Vermittler, Mentoren, Sozialarbeiter usw.) hinzugezogen werden, um positive Beziehungen zu Eltern, vor allem solche aus benachteiligten Milieus bzw. solche, die negative Erfahrungen mit Schulen gemacht haben, aufzubauen. Kulturelle Veranstaltungen/Feiern und Outreach-Aktivitäten können dazu beitragen, kulturelle Brücken zu bauen, um marginalisierte oder ethnischen Minderheiten zugehörige Eltern einzubeziehen.
- Beteiligung an der schulischen Entscheidungsfindung und am Schulleben: Eine umfassende elterliche Beteiligung an den Entscheidungen zu Themen wie Bildung, Schulorganisation und schulische Aktivitäten fördert die Transparenz sowie bessere Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse der Gemeinschaft und schafft ein stärkeres Gefühl geteilter Verantwortung für Bildung. Ein proaktiver Fokus auf der Förderung der Beteiligung aller Eltern an Schulaktivitäten und Schulgovernance ist erforderlich. Insbesondere marginalisierte Eltern benötigen Unterstützung, um sich an der schulischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Die Rolle der Eltern bei der Schulorganisation sollte klar umrissen werden. Eine Einbeziehung der Eltern sollte vollständig in die Beurteilungs- und Monitoringprozesse der Schulen integriert sein. Das Konzept „Familie“ muss auf alle Familienmitglieder ausgeweitet werden, die an der Bildung des Kindes beteiligt sind.
- Informationszugang für Eltern: Lernende und deren Eltern – insbesondere jene mit Migrationshintergrund – sollten die Möglichkeit haben, auf klar verständliche Informationen zum Bildungssystem des Landes und den verfügbaren Bildungsmöglichkeiten zuzugreifen. Sie sollten die Chance haben, die Folgen dieser Entscheidungen für den Bildungsweg und die zukünftigen Optionen der Lernenden zu verstehen. Den Lernenden und ihren Eltern sollten schulspezifische

Angelegenheiten im Hinblick auf Beratungsdienste, Schülerfürsorge und Betreuungsdienste erläutert werden.

- Kommunikation verbessern: Die Verbesserung und Öffnung der Kommunikationskanäle zwischen Schulen und Familien kann Vertrauen und gegenseitiges Verständnis schaffen. Die Kommunikationsstrategien müssen in den Kontext passen und den elterlichen Bedürfnissen gerecht werden. Sowohl formale (z. B. Elternabende) als auch informelle (z. B. soziale Veranstaltungen) Kommunikationsmethoden können zum Aufbau fruchtbarer Beziehungen genutzt werden. Spezielle Outreach-Aktivitäten, wie z. B. durch interkulturelle Vermittler, können notwendig sein, um Eltern zu erreichen, die der Unterrichtssprache nicht mächtig sind. Bei manchen Schulen umfasst eine Verbesserung der Kommunikation Technologien wie z. B. E-Mail/SMS, interaktive Telefonsysteme, Newsletter und interaktive Websites. Es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass Strukturen vorhanden sind, die Rückmeldungen der Eltern fördern und ermutigen, und dass diese auch berücksichtigt werden.
- Möglichkeiten zur Bildung der Eltern anbieten: Studien haben gezeigt, dass Familienbildung den Eltern und Kindern eine Reihe von Vorteilen bieten kann, darunter Verbesserungen der Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten. Erhöhen des Bildungsniveaus von Eltern gehört zu den erfolgreichen Maßnahmen zur Prävention des Schulabbruchs. Wenn Eltern selbst an Bildungsaktivitäten teilnehmen, werden innerhalb der Familie eine Reihe von kulturellen und pädagogischen Wechselwirkungen gefördert. Die Eltern profitieren von Selbstwirksamkeit, Befähigung und einer stärkeren Einbeziehung in die Schule ihres Kindes sowie von einem größeren elterlichen Selbstvertrauen, ihrem Kind zu Hause zu helfen. Dies führt zu einer zunehmenden Einbindung der Schülerinnen und Schüler in der Schule sowie zu größeren Bildungserfolgen. Das Öffnen der Schuleinrichtungen außerhalb der Schulzeiten für sprachliche Unterstützung und weitere Unterrichtsstunden für Eltern kann von großem Vorteil sein – vor allem für Eltern, die möglicherweise von ihrem Schulsystem überfordert sind. Dies trägt dazu bei, Barrieren einzureißen, mit denen Schulen konfrontiert sind, wenn sie die elterliche Einbindung verstärken wollen. Bei Eltern mit sehr negativen Erfahrungen mit Schulen wäre jedoch die Zusammenarbeit mit NGO hilfreich, um neue Möglichkeiten zur Förderung der elterlichen Bildung an anderen Standorten zu schaffen.

5. Einbeziehung von Interessenträgern

Das komplexe Phänomen des Schulabbruchs erfordert facettenreiche Reaktionen unter Einbeziehung einer Vielzahl von Interessenträgern, Fachleuten und Einrichtungen. Verschiedene Interessenträger können vielseitige, umfassende Perspektiven in das Verständnis der Probleme einbringen; sie können Lösungen anbieten, die auf die besonderen Bedürfnisse der Lernenden abgestimmt sind. Die Zusammenarbeit kann dabei je nach nationalen Gegebenheiten verschiedene Formen annehmen und auf verschiedenen Ebenen ablaufen, von formalisierten Strukturen bis hin zu einer flexibleren Vernetzung.

Der Aufbau vertrauensvoller Beziehungen und die Kooperation zwischen verschiedenen Interessenträgern kann zwar Zeit und Mühen kosten und Anpassungen erfordern, hat jedoch auch das Potenzial, positive Veränderungen herbeizuführen. Abhängig vom nationalen Kontext sind lokale Behörden oder sogar die Schulleiter am besten aufgestellt, um diese Prozesse zu unterstützen. Sie spielen eine Schlüsselrolle

bei der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, beim Aufbau von Partnerschaften, bei der Koordinierung von Diensten, bei der Umsetzung usw.

- Einbeziehung von Interessenträgern: Es ist wichtig, dass alle relevanten lokalen Interessenträger identifiziert und von Anfang an in den Prozess einbezogen werden. Dabei sollte eine breite Vielfalt an Interessenträgern und Fachleuten in Betracht gezogen werden: Sozialarbeiter, Jugendhilfen und -organisationen, ortsnahe Betreuer, Psychologen, Krankenschwestern/-pfleger und andere Therapeuten (Logopäden), Kinderschutzdienste, Berater, die Polizei, Gewerkschaften, Unternehmen, interkulturelle Vermittler, Migrationsverbände, NRO (NGO) und weitere gemeinschaftsorientierte Organisationen aus den Bereichen Sport, Kultur und aktiver Bürgerschaft usw. Die Auswahl der Interessenträger muss den örtlichen Gegebenheiten und dem lokalen Kontext entsprechend angemessen und relevant sein. Die Zusammenarbeit mit Sozialpartnern und örtlichen Unternehmen ist äußerst wichtig, da sie dazu beitragen kann, die arbeitsbedingte Relevanz der Lehrpläne zu erhöhen und sie für junge Menschen attraktiver zu gestalten. Die Einbeziehung von Interessenträgern sollte je nach Bedarf fortlaufende Rückmeldungen, Anpassungen und Veränderungen der Einbeziehung zulassen. Die Würdigung der Beiträge, die Interessenträger leisten, sollte ebenfalls gefördert werden.
- Unterstützung und Führung: Die Förderung und die Organisation von Zusammenarbeit und Vernetzung auf kommunaler Ebene müssen politisch unterstützt werden und unter einer klaren, starken Führung stehen. Leitlinien von der entsprechenden politischen Ebene können dabei eine Option sein. Je nach nationalen Gegebenheiten sollte es Mechanismen geben, die für einen wechselseitigen Informationsfluss zwischen der Schule, ihren Interessenträgern und den einschlägigen Behörden sorgen. Bewährte Verfahren und Informationen sollten (wie jeweils anwendbar) auf kommunaler, regionaler, nationaler sowie auf internationaler Ebene ausgetauscht werden.
- Gemeinsame Strategie: Eine gemeinsame Strategie bzw. ein gemeinsamer Aktionsplan, die bzw. der auf klaren, gemeinsamen Zielen und einem allgemeinen Verständnis der Herausforderungen beruht, kann zu einer Strukturierung der Zusammenarbeit zwischen Interessenträgern beitragen. Die Strategie bzw. der Plan sollte sich auf die Bedürfnisse der Lernenden konzentrieren und auf einem einrichtungsübergreifenden Ansatz beruhen. Dabei sollten die abweichenden Perspektiven und Leitbilder aller Interessenträger berücksichtigt werden. Es ist wichtig, dass Rollen, Verantwortlichkeiten und Strukturen von Anfang an klar definiert und vereinbart werden, möglicherweise durch vertragliche Vereinbarungen gemäß der örtlichen Gegebenheiten. Die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle kann eine Option sein, die beim Überwinden unvermeidlicher Spannungen hilfreich ist. Sie kann jedoch auch als zentrale Anlaufstelle für Interessenträger dienen und die Informationsflüsse, Dienstleistungen und Systeme zur Unterstützung frühzeitiger Schulabgänger koordinieren. Es sollten Monitoring- und Beurteilungskriterien implementiert werden und gegebenenfalls fortlaufende Rückmeldungen, Anpassungen und Veränderungen der Einbeziehung möglich sein. Leitlinien/Indikatoren sollten entwickelt werden, um gegebenenfalls eine Selbstbeurteilung zu ermöglichen.

Schlussbemerkungen

Diese Publikation bringt die Arbeit der Arbeitsgruppe „Schulpolitik“ zum Thema Schulabbruch zum Abschluss. Sie bietet politische Botschaften für einen konsolidierten konzeptuellen und pragmatischen Handlungsrahmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs. Sie schlägt einen Ansatz für eine nachhaltige Maßnahme vor, die es der Europäischen Union ermöglichen würde, ihr Kernziel einer Senkung der Schulabbruchquote auf unter 10 % bis 2020 zu erreichen. Darüber hinaus enthält sie jedoch auch Leitlinien, die es Mitgliedstaaten ermöglichen könnten, kooperative Ansätze zur Bekämpfung des Schulabbruchs zu entwickeln.

Diese politischen Botschaften enthalten Leitlinien zur Frage, wie verschiedene Interessenträger dazu befähigt und unterstützt werden können, um sich an einem „ganzheitlichen Schulansatz“ zur Bekämpfung des Schulabbruchs zu beteiligen. Dies geschieht aus der Überzeugung heraus, dass kooperative Ansätze sich positiv auf andere Aspekte des bürgerlichen und gemeinschaftlichen Lebens in ganz Europa auswirken. Zu guter Letzt liefert dieses Dokument den strategischen Hintergrund für den online erhältlichen Europäischen Toolkit für Schulen, der auch weiterhin bewährte Verfahren aus europäischen Ländern zusammentragen wird. Die politische Zusammenarbeit zum Thema Schulpolitik wird in der gesamten Europäischen Union fortgesetzt und bietet weitere Möglichkeiten für Peer-Learning und den Austausch von Verfahren.

